

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 4148

[C — 2003/33080]

17. FEBRUAR 2003 — Dekret über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Anerkennung von Verschönerungsvereinen, Verkehrsvereinen und Dachverbänden

Verschönerungsvereine

Artikel 1 - Der Antragsteller erfüllt für die Anerkennung als Verschönerungsverein folgende Bedingungen:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht gegründet sein;
2. in Zusammenarbeit mit den Anwohnern die freundliche und einladende Gestaltung des Ortsbildes zum hauptsächlichen Ziel haben;
3. entsprechende Aktivitäten zumindest auf Ebene einer Ortschaft entfalten und nachweisen;
4. Mitglied der gemeinnützigen Einrichtung «Verkehrsamt der Ostkantone» sein.

Verkehrsvereine

Art. 2 - Der Antragsteller erfüllt für die Anerkennung als Verkehrsverein folgende Bedingungen:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht gegründet sein;
2. zusätzlich zu den Aufgaben eines Verschönerungsvereins den Unterhalt oder das Betreiben touristischer Infrastrukturen wahrnehmen, touristische Animation und Feste veranstalten, sowie sich um die Zusammenstellung beziehungsweise Zulieferung von kulturhistorischer Dokumentation bemühen;
3. entsprechende Aktivitäten zumindest auf Ebene einer Ortschaft entfalten und nachweisen;
4. Mitglied der gemeinnützigen Einrichtung «Verkehrsamt der Ostkantone» sein.

Dachverbände

Art. 3 - Der Antragsteller erfüllt für die Anerkennung als Dachverband im Sinne des vorliegenden Dekretes folgende Bedingungen:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht gegründet sein;
2. die Koordination des touristischen und des damit verbundenen kulturellen und wirtschaftlichen Geschehens allgemein oder häufig übernehmen;
3. diese Aktivitäten zumindest auf Ebene einer Gemeinde entfalten und nachweisen;
4. die von der Regierung festgelegten Bedingungen bezüglich der Zusammensetzung erfüllen.

Anerkennung

Art. 4 - Die Regierung erkennt die Verschönerungsvereine, die Verkehrsvereine und die Dachverbände an.

Sie kann die Formvorschriften und die Ausführungsmodalitäten für die Anerkennung festlegen.

Entzug der Anerkennung

Art. 5 - Die Regierung kann die Anerkennung entziehen, wenn die in den Artikeln 1 - 3 angeführten Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

Sie kann die Formvorschriften und die Ausführungsmodalitäten für den Entzug der Anerkennung festlegen.

KAPITEL II — Zuschüsse für Verschönerungsvereine und Verkehrsvereine

Pauschaler Funktionszuschuss

Art. 6 - § 1 - Jeder anerkannte Verschönerungsverein und Verkehrsverein erhält einen jährlichen pauschalen Funktionszuschuss, dessen Höhe von der Regierung festgelegt wird, der aber mindestens 250 EUR beträgt.

Zum Erhalt und zur Rechtfertigung des pauschalen Funktionszuschusses übermittelt der Verein:

1. den vom Ministerium ausgehändigten Fragebogen bezüglich der Aktivitäten des Vereins;
2. einen Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr in Form einer verbindlichen Erklärung;
3. ein Protokoll der letzten Generalversammlung.

§ 2 - Der pauschale Funktionszuschuss wird innerhalb der ersten drei Monate des Jahres ausgezahlt, vorausgesetzt die unter § 1 Absatz 2 festgelegten Dokumente sind innerhalb der von der Regierung vorgesehenen Frist eingereicht worden. Andernfalls verschiebt sich die Auszahlung um die Zeitspanne der Verzögerung. Anträge bezüglich eines vergangenen Jahres werden nicht mehr berücksichtigt.

§ 3 - Wird die Anerkennung im Laufe eines Jahres wirksam oder entzogen, so wird die Höhe des Zuschusses im Verhältnis zur verbleibenden oder verstrichenen Zeit des betreffenden Jahres gekürzt.

§ 4 - Zweckentfremdete Zuschüsse werden der Gemeinschaft rückertattet.

§ 5 - Wenn die Haushaltsmittel nicht ausreichen, kann die Regierung auf den pauschalen Funktionszuschuss einen entsprechenden Verminderungskoeffizienten anwenden.

Förderung besonderer Initiativen der Verkehrsvereine

Art. 7 - § 1 - Zusätzlich zum pauschalen Funktionszuschuss können den anerkannten Verkehrsvereinen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse für besondere Initiativen mit ausgeprägtem touristischem und regionalem Charakter gewährt werden. Dazu gehören insbesondere:

1. Sommer- oder Winterfeste und ähnliche Veranstaltungen,
 2. Messen, Ausstellungen und andere Publikumsveranstaltungen, insbesondere zur Vorstellung regionaler Produkte,
 3. Märkte mit regionalem Charakter,
 4. Blumenkorso und ähnliche Umzüge,
 5. Teilnahme an Tourismusmessen, insofern das Verkehrsamt der Ostkantone nicht vertreten ist.
- Initiativen außerhalb dieser Liste können nach vorheriger Zusage der Regierung ebenfalls berücksichtigt werden.
- § 2 - Für die in § 1 geregelten Zuschüsse kann die Regierung eine jährliche Höchstsumme festlegen.
- Die Auszahlung erfolgt nach Prüfung der entsprechenden Ausgabenbelege.

Sonderzuschuss

Art. 8 - Die Regierung kann einem Verschönerungs- oder Verkehrsverein einen jährlichen Sonderzuschuss von höchstens 500 EUR gewähren, wenn der Verein eine oder mehrere Personen im Rahmen eines Arbeitsvertrages ausschließlich für den Unterhalt und die Verschönerung der Ortschaft beschäftigt.

KAPITEL III — Förderung von Informationsbüros und Informationsstellen

Grundsatz

Art. 9 - Unter den hierunter aufgeführten Bedingungen kann die Regierung den Verkehrs- und Verschönerungsvereinen sowie den Dachverbänden Zuschüsse für die Einrichtung von Informationsbüros und Informationsstellen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewähren.

Träger der Informationsbüros oder Informationsstellen sind Verschönerungsvereine oder Verkehrsvereine oder Dachverbände. Zusammenschlüsse mit privaten oder öffentlichen Organisationen, die sich mit touristischer Werbung und touristischer Vermarktung befassen, sind zulässig.

Die Regierung kann pro Gemeinde nicht mehr als ein Informationsbüro und eine Informationsstelle bezuschussen; das Informationsbüro und die Informationsstelle dürfen sich nicht in dem selben Gebäude befinden.

An den geförderten Informationsbüros und Informationsstellen wird ein Erkennungsschild sichtbar angebracht, das von der Regierung zur Verfügung gestellt wird und Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft bleibt. Die Regierung bestimmt Form und Aussehen des Erkennungsschildes.

Informationsbüros

Art. 10 - Informationsbüros sind Anlaufpunkte für Touristen und Besucher und müssen im Hinblick auf eine Bezugssumme folgende Bedingungen erfüllen:

1. in eigens und ausschließlich zu diesem Zweck bestimmten Räumlichkeiten eingerichtet sein;
2. die von der Regierung festgelegten Bedingungen bezüglich Räumlichkeiten sowie deren Einrichtung, Ausstattung und Ausrüstung erfüllen;
3. die von der Regierung festgelegten Bedingungen bezüglich Öffnungszeiten und Besetzung des Büros erfüllen;
4. einen jährlichen Finanzplan vorlegen.

Informationsstellen

Art. 11 - Informationsstellen sind Anlaufpunkte für Touristen und Besucher und müssen im Hinblick auf eine Bezugssumme folgende Bedingungen erfüllen:

1. in eigens und ausschließlich zu diesem Zweck bestimmten Räumlichkeiten eingerichtet sein oder in einer anderen, der Öffentlichkeit zugänglichen Einrichtung untergebracht sein, wo auch andere Aktivitäten stattfinden;
2. die von der Regierung festgelegten Bedingungen bezüglich Räumlichkeiten sowie deren Einrichtung, Ausstattung und Ausrüstung erfüllen;
3. die von der Regierung festgelegten Bedingungen bezüglich Öffnungszeiten des Büros erfüllen;
4. die von der Regierung festgelegten Bedingungen bezüglich Besetzung des Büros erfüllen und zumindest das vom Verkehrsamt der Ostkantone zur Verfügung gestellte Material durch eine zu diesem Zweck anwesende Person verteilen.

Funktionszuschüsse für Informationsbüros

Art. 12 - Die Träger erhalten für ein Informationsbüro einen jährlichen Funktionszuschuss zu den Miet- und Personalkosten sowie zu den allgemeinen Funktionskosten. Zum Nachweis ihrer Ausgaben reichen sie einen Tätigkeitsbericht über die Aktivitäten des vergangenen Jahres und eine entsprechende Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben ein. Handelt es sich um das erste Tätigkeitsjahr, entfallen diese Bedingungen.

Die Zuschussbeträge sind jährlich begrenzt auf: 2.500 EUR für Mietkosten sowie 2.500 EUR für Energiekosten und andere Funktionskosten.

Die Träger erhalten einen Zuschuss für Personen, die unter Vertrag beschäftigt werden. Dieser Zuschuss beläuft sich auf höchstens:

9.000 EUR jährlich pro vollzeitäquivalente Beschäftigung;

2.500 EUR jährlich pro vollzeitäquivalente Beschäftigung, die bereits im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst wird.

Insgesamt werden höchstens drei vollzeitäquivalente Beschäftigungen pro Informationsbüro berücksichtigt. Wird eine vollzeitäquivalente Beschäftigung nicht erreicht, wird der Zuschuss im Verhältnis gekürzt. Gilt die Beschäftigung nicht für den Zeitraum von Januar bis Dezember, wird der Zuschuss im Verhältnis zur effektiven Arbeitsdauer berechnet.

Pauschale Funktionszuschüsse für Informationsstellen

Art. 13 - Die Träger erhalten für eine Informationsstelle einen jährlichen pauschalen Funktionszuschuss von 5.000 EUR nach Vorlage des Tätigkeitsberichts des vergangenen Jahres und einer entsprechenden Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben. Handelt es sich um das erste Tätigkeitsjahr, entfallen diese Bedingungen.

Zuschussmodalitäten

Art. 14 - Wenn die Haushaltsmittel nicht ausreichen, kann die Regierung auf die in den Artikeln 12 und 13 erwähnten Zuschüsse einen entsprechenden Verminderungskoeffizienten anwenden.

Zweckentfremdete Zuschussmittel werden rückerstattet.

Die Regierung legt die Vorschriften und die Ausführungsmodalitäten zur Auszahlung der Zuschüsse für Informationseinrichtungen fest.

Geräte

Art. 15 - Innerhalb der ersten drei Jahre nach der Gewährung des ersten Funktionszuschusses stellt die Regierung den Trägern für die geförderten Informationsbüros Präsentationsgeräte zur Verfügung, die Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft bleiben. Die Wartungs-, Versicherungs- und Nutzungskosten gehen zu Lasten des jeweiligen Trägers. Die Regierung trifft diesbezüglich mit jedem Träger eine Vereinbarung.

KAPITEL IV — Allgemeine, Aufhebungs-, Übergangs- und Inkrafttretungsbestimmungen

Vorschüsse

Art. 16 - Für die in Artikel 8, 12 und 13 vorgesehenen Zuschüsse werden Vorschüsse ausgezahlt. Übersteigt der pro Empfänger kumulierte jährliche Betrag 6.000 EUR, werden 80% des zu erwartenden Zuschusses in monatlichen Zwölfteln ausgezahlt, und zwar jeweils vor dem 22. jeden Monats. Andernfalls wird ein Vorschuss in Höhe von 50% des zu erwartenden Zuschusses innerhalb des ersten Trimesters des laufenden Jahres ausgezahlt.

Gegebenenfalls wird die Restsubvention nach erfolgter Endabrechnung im Laufe des folgenden Jahres ausgezahlt.

Wenn die Vorschusszahlungen die nach Endabrechnung zustehenden Subventionsbeträge übersteigen, können die entsprechenden Summen von den Subventionen des folgenden Jahres abgezogen werden. Falls dies nicht möglich ist, werden sie zurückgefordert.

Anpassung der Beträge

Art. 17 - Die in vorliegendem Dekret festgelegten Zuschuss- und Schwellenbeträge können von der Regierung alle fünf Jahre an die Entwicklung des Verbraucherpreisindexes angepasst werden.

Aufhebungsbestimmung

Art. 18 - Der Erlass mit Verordnungscharakter vom 16. Juni 1980 zwecks Festlegung der Bedingungen, unter denen Werbeausschüsse oder Verkehrsvereine des Gebietes deutscher Sprache anerkannt werden und Funktionszuschüsse erhalten können, wird aufgehoben.

Übergangsbestimmungen

Art. 19 - In einer Übergangszeit von höchstens zwei Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes kann die Regierung Informationsbüros und Informationsstellen, die noch nicht alle in diesem Dekret vorgesehenen Bedingungen erfüllen, vorläufig bezuschussen.

Die aufgrund des vorliegenden Dekretes auszuzahlenden Zuschüsse ersetzen alle Leistungen, die den Zuschussempfängern aufgrund vorher geltender Zuschussverfahren zustehen.

Inkrafttreten

Art. 20 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 17. Februar 2003

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIJESSEN

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2002-2003*

Dokumente des Rates : 114 (2002-2003) Nr. 1 Dekretvorschlag

114 (2002-2003) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

114 (2002-2003) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht : Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 17. Februar 2003

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 4148

[C — 2003/33080]

17 FEVRIER 2003. — Décret relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faîtières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Reconnaissance des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faîtières*

Comités d'embellissement

Article 1^{er}. Pour être reconnu comme comité d'embellissement, le requérant doit remplir les conditions suivantes :

- 1° être constitué en association sans but lucratif;
- 2° avoir pour objectif principal de rendre, en collaboration avec les habitants, l'image locale accueillante et attrayante;
- 3° développer des activités pertinentes au moins au niveau d'une localité et en apporter la preuve;
- 4° être membre de l'établissement d'utilité publique « Office du Tourisme des Cantons de l'Est ».

Syndicats d'initiative

Art. 2. Pour être reconnu comme syndicat d'initiative, le requérant doit remplir les conditions suivantes :

- 1° être constitué en association sans but lucratif;
- 2° en plus des missions dévolues à un comité d'embellissement, assurer l'entretien ou l'exploitation d'infrastructures touristiques, organiser des animations et des fêtes touristiques et constituer ou délivrer de la documentation historico-culturelle;
- 3° développer des activités pertinentes au moins au niveau d'une localité et en apporter la preuve;
- 4° être membre de l'établissement d'utilité publique « Office du Tourisme des Cantons de l'Est ».

Associations faîtières

Art. 3. Pour être reconnu comme association faîtière au sens du présent décret, le requérant doit remplir les conditions suivantes :

- 1° être constitué en association sans but lucratif;
- 2° assurer de manière générale ou fréquente la coordination des événements touristiques et, en découlant, des événements culturels et économiques;
- 3° développer des activités pertinentes au moins au niveau d'une commune et en apporter la preuve;
- 4° remplir les conditions fixées par le Gouvernement quant à sa composition.

Reconnaissance

Art. 4. Le Gouvernement reconnaît les comités d'embellissement, les syndicats d'initiative et leurs associations faîtières.

Il peut fixer les prescrits de forme et les modalités d'exécution pour la reconnaissance.

Retrait de la reconnaissance

Art. 5. Le Gouvernement peut retirer la reconnaissance si les conditions mentionnées aux articles 1^{er} à 3 ne sont plus remplies.

Il peut fixer les prescrits de forme et les modalités d'exécution pour le retrait de la reconnaissance.

CHAPITRE II. — *Subsides pour les comités d'embellissement et les syndicats d'initiative*

Subside forfaitaire de fonctionnement

Art. 6. § 1^{er}. Tout comité d'embellissement ou syndicat d'initiative reconnu obtient un subside forfaitaire annuel de fonctionnement dont le montant est fixé par le Gouvernement, le minimum s'élevant toutefois à € 250.

Pour obtenir et justifier ce subside forfaitaire de fonctionnement, le comité ou syndicat transmet :

- 1° le questionnaire délivré par le Ministère et relatif aux activités menées par le comité ou le syndicat;
- 2° un rapport d'activités relatif à l'exercice écoulé sous forme d'une déclaration contraignante;
- 3° un procès-verbal de la dernière assemblée générale.

§ 2. Le subside forfaitaire de fonctionnement est liquidé dans les trois premiers mois de l'année, à condition que les documents déterminés au § 1^{er}, alinéa 2, aient été introduits dans le délai prévu par le Gouvernement. Dans le cas contraire, le paiement est reporté de la durée du retard. Les demandes relatives à une année écoulée ne sont plus prises en considération.

§ 3. Si la reconnaissance entre en vigueur ou est retirée en cours d'année, le subside est réduit au prorata de la durée de l'année concernée restant à courir ou écoulée.

§ 4. Les subsides détournés de leur objectif doivent être remboursés à la Communauté.

§ 5. Si les moyens budgétaires ne suffisent pas, le Gouvernement peut appliquer au subside forfaitaire de fonctionnement un coefficient de réduction ad hoc.

Art. 7. Promotion d'initiatives particulières menées par les syndicats d'initiative

§ 1^{er}. En plus du subside forfaitaire de fonctionnement, des subsides peuvent, dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, être octroyés aux syndicats d'initiative reconnus pour des initiatives particulières à caractère essentiellement touristique et régional. Relevons notamment :

- 1° des festivités estivales ou hivernales et manifestations similaires;
- 2° des foires, expositions et autres manifestations publiques visant notamment à présenter des produits régionaux;
- 3° des marchés à caractère régional;
- 4° des corsos fleuris et cortèges similaires;
- 5° la participation à des foires touristiques pour autant que l'Office du Tourisme des Cantons de l'Est n'y soit pas représenté.

Des initiatives s'écartant de cette liste peuvent également être prises en considération après accord préalable du Gouvernement.

§ 2. En ce qui concerne les subsides régis par le § 1^{er}, le Gouvernement peut fixer une somme maximale annuelle.

Le paiement s'effectue après vérification des justificatifs de dépenses y afférents.

Art. 8. Subside spécial

Le Gouvernement peut octroyer à un comité d'embellissement ou à un syndicat d'initiative un subside spécial de €500 maximum par année, si le comité ou syndicat occupe une ou plusieurs personnes dans les liens d'un contrat de travail pour assurer uniquement l'entretien et l'embellissement de la localité.

CHAPITRE III. — *Promotion de bureaux et de points d'information***Principe**

Art. 9. Le Gouvernement peut, aux conditions énumérées ci-après, octroyer des subsides aux syndicats d'initiative et aux comités d'embellissement ainsi qu'aux associations faîtières pour l'installation de bureaux et de points d'information en Communauté germanophone.

Les pouvoirs organisateurs des bureaux ou points d'information sont les comités d'embellissement ou les syndicats d'initiative ou encore les associations faîtières. Des associations avec des organisations privées ou publiques, actives dans la promotion touristique ou le marketing touristique, sont autorisées.

Le Gouvernement ne peut subsidier plus d'un bureau d'information et d'un point d'information par commune; le bureau d'information et le point d'information ne peuvent se trouver dans les mêmes locaux.

Un écusson (signe distinctif), mis à disposition par le Gouvernement et restant la propriété de la Communauté germanophone, est apposé de manière visible sur la façade des bureaux et points d'information soutenus. Le Gouvernement détermine la forme et l'apparence de l'écusson.

Bureaux d'information

Art. 10. Les bureaux d'information sont des points d'accueil pour les touristes et visiteurs et doivent répondre aux conditions suivantes pour être subsidiés :

- 1° être établis dans des locaux expressément et exclusivement affectés à cette fin;
- 2° satisfaire aux conditions fixées par le Gouvernement pour ce qui est des locaux, leur organisation, aménagement et équipement;
- 3° satisfaire aux conditions fixées par le Gouvernement pour les heures d'ouverture et le personnel;
- 4° présenter un plan de financement annuel.

Points d'information

Art. 11. Les points d'information sont des points d'accueil pour les touristes et visiteurs et doivent répondre aux conditions suivantes pour être subsidiés :

- 1° être établis dans des locaux expressément et exclusivement affectés à cette fin ou dans un autre établissement accessible au public où se déroulent également d'autres activités;
- 2° satisfaire aux conditions fixées par le Gouvernement pour ce qui est des locaux, leur organisation, aménagement et équipement;
- 3° satisfaire aux conditions fixées par le Gouvernement pour les heures d'ouverture;
- 4° satisfaire aux conditions fixées par le Gouvernement en matière de personnel et, par l'intermédiaire d'une personne présente à cet effet, distribuer au moins le matériel d'information mis à disposition par l'Office du Tourisme des Cantons de l'Est.

Subsides de fonctionnement pour les bureaux d'information

Art. 12. Pour un bureau d'information, les pouvoirs organisateurs reçoivent un subside de fonctionnement annuel destiné aux frais de location et de personnel ainsi qu'aux frais ordinaires de fonctionnement. Pour prouver leurs dépenses, ils introduisent un rapport d'activités relatif à l'exercice précédent et un état correspondant des recettes et dépenses. S'il s'agit de la première année d'activités, ces dispositions ne sont pas d'application.

Les montants annuels des subsides sont limités à € 2.500 pour les frais de location et à € 2.500 pour les frais d'énergie et autres frais de fonctionnement.

Les pouvoirs organisateurs reçoivent un subside pour les personnes occupées dans le cadre d'un contrat de travail. Ce subside est limité à :

- 1° € 9.000 par an par équivalent temps plein;
- 2° € 2.500 par an par équivalent temps plein déjà subsidié par la Communauté germanophone dans le cadre de mesures pour l'emploi.

Au total, ce sont trois équivalents temps plein au plus qui sont pris en compte par bureau d'information. Si un équivalent temps plein n'est pas atteint, le subside est réduit au prorata. Si l'emploi n'est pas occupé pour la période allant de janvier à décembre, le subside est calculé au prorata de la durée effective du travail.

Subsides forfaitaires de fonctionnement pour les points d'information

Art. 13. Pour un point d'information, les pouvoirs organisateurs reçoivent un subside forfaitaire annuel de € 5.000 sur présentation du rapport d'activités de l'exercice précédent et d'un état des recettes et dépenses. S'il s'agit de la première année d'activités, ces dispositions ne sont pas d'application.

Modalités de subventionnement

Art. 14. Si les moyens budgétaires ne suffisent pas, le Gouvernement peut appliquer aux subsides prévus aux articles 12 et 13 un coefficient de réduction ad hoc.

Les subsides détournés de leur objectif doivent être remboursés.

Le Gouvernement fixe les prescrits et les modalités d'exécution pour la liquidation des subsides pour les établissements d'information.

Equipements

Art. 15. Dans les trois premières années à dater de l'octroi du premier subside de fonctionnement, le Gouvernement met à disposition des pouvoirs organisateurs, pour les bureaux d'information soutenus, des outils de présentation qui restent la propriété de la Communauté germanophone. Les frais d'entretien, d'assurance et d'utilisation sont à charge du pouvoir organisateur concerné. Le Gouvernement conclut un accord à ce sujet avec chaque pouvoir organisateur.

CHAPITRE IV. — *Dispositions générales, abrogatoires, transitoires et d'entrée en vigueur*

Avances

Art. 16. Des avances sont liquidées sur les subsides prévus aux articles 8, 12 et 13. Si le montant annuel cumulé par bénéficiaire excède € 6.000, 80 % du subside escompté sont liquidés en douzièmes mensuels et ce, avant le 22 de chaque mois. Sinon, une avance est liquidée à concurrence de 50 % du subside escompté dans le courant du premier trimestre de l'exercice en cours.

Le cas échéant, le solde de la subvention est liquidé après établissement du décompte définitif dans le courant de l'exercice suivant.

Si les avances liquidées dépassent les subventions à octroyer après établissement du décompte définitif, les montants correspondants peuvent être déduits des subsides de l'exercice suivante. A défaut, ils seront récupérés.

Adaptation des montants

Art. 17. Tous les cinq ans, les subventions et les montants-pivots fixés dans le présent décret peuvent être adaptés par le Gouvernement à l'évolution des prix à la consommation.

Disposition abrogatoire

Art. 18. L'arrêté contraignant du 16 juin 1980 fixant les conditions de reconnaissance et de subventionnement des syndicats d'initiative ou de tourisme de la région de langue allemande est abrogé.

Dispositions transitoires

Art. 19. Le Gouvernement peut subsidier provisoirement, pour une période transitoire qui ne peut dépasser deux ans à compter de l'entrée en vigueur du présent décret, des bureaux et des points d'information ne répondant pas encore à toutes les dispositions prévues dans ce décret.

Les subsides à liquider sur la base du présent décret remplacent toutes les prestations qui échoiraient aux bénéficiaires en vertu des procédures de subventionnement précédemment en vigueur.

Entrée en vigueur

Art. 20. Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2003.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 17 février 2003.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme

H. NIJESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments,
de la Santé et des Affaires sociales

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 4148

[C — 2003/33080]

17 FEBRUARI 2003. — Decreet betreffende de erkenning en bevordering van de verfraaiingscomités, verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan, alsmede van de informatiebureaus en informatiepunten

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

**HOOFDSTUK I. — Erkenning van verfraaiingscomités,
verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan**

Verfraaiingscomités

Artikel 1. Om als verfraaiingscomité erkend te worden, moet de aanvrager aan volgende voorwaarden voldoen :

- 1° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn;
- 2° als hoofddoel hebben het dorp in samenwerking met de inwoners gezellig en uitnodigend aan te leggen;
- 3° desbetreffende activiteiten, ten minste op het vlak van een plaats, uitvoeren en bewijzen;
- 4° lid zijn van de instelling van openbaar nut « Dienst voor toerisme van de Oostkantons ».

Verenigingen voor vreemdelingenverkeer

Art. 2. Om als vereniging voor vreemdelingenverkeer erkend te worden, moet de aanvrager aan volgende voorwaarden voldoen :

- 1° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn;
- 2° naast de opdrachten van een verfraaiingscomité voor het onderhoud of de exploitatie van toeristische infrastructuur zorgen, toeristische animaties en feesten organiseren alsmede zijn best doen om cultuurhistorische documentatie samen te stellen en/of uit te handigen;
- 3° desbetreffende activiteiten, ten minste op het vlak van een plaats, uitvoeren en bewijzen;
- 4° lid zijn van de instelling van openbaar nut « Dienst voor toerisme van de Oostkantons ».

Koepelverenigingen

Art. 3. Om als koepelvereniging in de zin van dit decreet erkend te worden, moet de aanvrager aan volgende voorwaarden voldoen :

- 1° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn;
- 2° in het algemeen of dikwijs voor de coördinatie van het toeristisch en ermee verbonden cultureel en economisch leven zorgen;
- 3° desbetreffende activiteiten, ten minste op het vlak van een gemeente, uitvoeren en bewijzen;
- 4° aan de voorwaarden voldoen die door de Regering vastgelegd zijn qua samenstelling.

Erkenning

Art. 4. De Regering erkent de verfraaiingscomités, de verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en de koepelverenigingen ervan.

Ze kan de voorschriften qua vorm en de uitvoeringsmodaliteiten voor de erkenning vastleggen.

Intrekking van de erkenning

Art. 5. De Regering kan de erkenning intrekken als er aan de erkenningsvoorraad vermeld in de artikelen 1 à 3 niet meer voldaan wordt.

Ze kan de voorschriften qua vorm en de uitvoeringsmodaliteiten voor de intrekking van de erkenning vastleggen.

HOOFDSTUK II. — Toelagen ten gunste van verfraaiingscomités en verenigingen voor het vreemdelingenverkeer

Forfaitaire werkingstoelage

Art. 6. § 1. Elk(e) erkend(e) verfraaiingscomité of vereniging voor vreemdelingenverkeer verkrijgt een jaarlijkse forfaitaire werkingstoelage waarvan het bedrag door de Regering wordt vastgelegd met een minimum van € 250.

Het comité resp. de vereniging doet :

- 1° de door het Ministerie overhandigde vragenlijst over de activiteiten;
- 2° een activiteitenverslag over het afgelopen jaar in de vorm van een bindende verklaring;
- 3° een proces-verbaal van de laatste algemene vergadering

toekomen om deze forfaitaire werkingstoelage te verkrijgen en te rechtvaardigen.

§ 2. De forfaitaire werkingstoelage wordt binnen de eerste drie maanden van het jaar uitbetaald, voorzover de in § 1, lid 2, vermelde documenten ingediend zijn binnen de door de Regering vastgelegde termijn. Zo niet wordt de uitbetaling uitgesteld met de duur van de vertraging. Aanvragen betreffende een afgelopen jaar worden niet meer in aanmerking genomen.

§ 3. Indien de erkenning in de loop van een jaar in werking treedt of ingetrokken wordt, dan wordt de toelage pro rato van de nog te lopen of verlopen tijd van het betrokken verminderd.

§ 4. Toelagen waarvan de bestemming veranderd werd, moeten aan de Duitstalige Gemeenschap worden terugbetaald.

§ 5. Indien de begrotingskredieten niet voldoen, kan de Regering een verminderingscoëfficiënt ad hoc toepassen op de forfaitaire werkingstoelage.

Bevordering van bijzondere initiatieven van de verenigingen voor vreemdelingenverkeer

Art. 7. § 1. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingskredieten en bovenop de forfaitaire werkingstoelage kunnen toelagen aan de erkende verenigingen voor vreemdelingenverkeer worden toegekend voor bijzondere initiatieven met een uitgesproken toeristisch en regionaal karakter. Vallen o.m. daaronder :

- 1° zomer- en winterfeesten en gelijkaardige evenementen;
- 2° beurzen, tentoonstellingen en andere openbare evenementen, inzonderheid die waar regionale producten aangeboden worden;
- 3° markten met een regionaal karakter;
- 4° bloemencorso's en gelijkaardige stoeten;
- 5° deelname aan toeristische beurzen, voor zover de Dienst voor toerisme van de Oostkantons niet vertegenwoordigd is.

Initiatieven die in deze lijst niet opgenomen zijn, kunnen na voorafgaande toestemming van de Regering eveneens in aanmerking worden genomen.

§ 2. Voor de in § 1 geregeld toelagen kan de Regering een jaarlijks maximaal bedrag vastleggen.

De uitbetaling vindt plaats na onderzoek van de desbetreffende uitgavenbewijzen.

Bijzondere toelage

Art. 8. Indien een verfraaiingscomité of een vereniging voor vreemdelingenverkeer één of meerdere personen uitsluitend voor het onderhoud en de verfraaiing van de plaats tewerkstelt op basis van een arbeidsovereenkomst, kan haar de Regering een bijzondere jaarlijkse toelage van ten hoogste € 500 toeekennen.

HOOFDSTUK III. — *Bevordering van informatiebureaus en informatiepunten*

Principe

Art. 9. Onder de volgende voorwaarden kan de Regering de verenigingen voor vreemdelingenverkeer, de verfraaiingscomités en de koepelverenigingen toekennen voor de inrichting van informatiebureaus en informatiepunten in de Duitstalige Gemeenschap.

De inrichtende machten van de informatiebureau's of informatiepunten zijn verfraaiingcomités, verenigingen voor vreemdelingenverkeer of koepelverenigingen. Groeperingen met privaatrechtelijke of openbare organisaties die aan toeristische publiciteit of toeristische marketing doen, zijn toegelaten.

Per gemeente kan de Regering niet meer dan één informatiebureau en één informatiepunt subsidiëren; het informatiebureau en het informatiepunt mogen niet in hetzelfde gebouw gevestigd zijn.

Op de bevorderde informatiebureaus en informatiepunten wordt een schild (herkenningskenmerk) goed zichtbaar aangebracht die door de Regering ter beschikking wordt gesteld en eigendom van de Duitstalige Gemeenschap blijft. De Regering bepaalt de vorm en het uiterlijk van het schild.

Informatiebureaus

Art. 10. De informatiebureaus zijn onthaalpunten voor toeristen en bezoekers en moeten aan volgende voorwaarden voldoen om gesubsidieerd te worden :

- 1° in lokalen ondergebracht worden die uitsluitend te dien einde worden gebruikt;
- 2° aan de voorwaarden voldoen die door de Regering worden vastgelegd qua lokalen, oprichting, inrichting en uitrusting ervan;
- 3° aan de voorwaarden voldoen die door de Regering worden vastgelegd qua openingsuren en personeelsformatie;
- 4° een jaarlijks financieringsplan voorleggen.

Informatiepunten

Art. 11. De informatiepunten zijn onthaalpunten voor toeristen en bezoekers en moeten aan volgende voorwaarden voldoen om gesubsidieerd te worden :

- 1° in lokalen die uitsluitend te dien einde worden gebruikt of in een andere voor het publiek toegankelijke inrichting waar andere activiteiten eveneens plaatsvinden ondergebracht worden;
- 2° aan de voorwaarden voldoen die door de Regering worden vastgelegd qua lokalen, oprichting, inrichting en uitrusting ervan;
- 3° aan de voorwaarden voldoen die door de Regering worden vastgelegd qua openingsuren;
- 4° aan de voorwaarden voldoen die door de Regering worden vastgelegd qua personeelsformatie en door bemiddeling van een te dien einde aanwezige persoon ten minste het informatiemateriaal verspreiden dat door de Dienst voor toerisme van de Oostkantons ter beschikking wordt gesteld.

Werkingstoelagen voor informatiebureau's

Art. 12. De inrichtende machten verkrijgen voor een informatiebureau een jaarlijkse werkingstoelage voor de huurprijzen, de personeelskosten, alsmede de algemene werkingskosten. Om hun uitgaven te bewijzen dienen ze een activiteitenverslag over het afgelopen activiteitsjaar en een dienovereenkomstige staat van de ontvangsten en uitgaven in. Deze voorwaarden zijn niet van toepassing als het om het eerste activiteitsjaar gaat.

Per jaar zijn de bedragen van de toelagen beperkt tot € 2.500 voor de huurprijzen en tot € 2.500 voor de energiekosten en andere werkingskosten.

Voor de in het kader van een arbeidsovereenkomst tewerkgestelde personeelsleden verkrijgen de inrichtende machten een toelage. Die toelage bedraagt ten hoogste :

- € 9.000 per jaar per voltijdsequivalent;
- € 2.500 per jaar per voltijdsequivalent waarvoor de Duitstalige Gemeenschap reeds een toelage toekent in het kader van de maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid.

In totaal worden ten hoogste drie voltijdsequivalenten per informatiebureau in aanmerking genomen. Wordt een voltijdse equivalent niet bereikt, dan wordt de toeelage naar rato verminderd. Geldt de tewerkstelling niet voor de termijn tussen januari en december, dan wordt de toeelage naar rato van de werkelijke arbeidsduur berekend.

Forfaitaire werkingstoelagen voor informatiepunten

Art. 13. Voor een informatiepunt verkrijgen de inrichtende machten een jaarlijkse forfaitaire toeelage van € 5.000 op voorlegging van het activiteitenverslag over het afgelopen activiteitsjaar en van een dienovereenkomstige staat van de ontvangsten en uitgaven. Deze voorwaarden zijn niet van toepassing als het om het eerste activiteitsjaar gaat.

Subsidiërmodaliteiten

Art. 14. Indien de begrotingskredieten niet voldoende, kan de Regering een verminderingscoëfficiënt toepassen op de toelagen bepaald in de artikelen 12 en 13.

Toelagen waarvan de bestemming veranderd werd, moeten worden terugbetaald.

De Regering legt de voorschriften en de uitvoeringsmodaliteiten voor de uitbetaling van de toelagen voor informatie-inrichtingen vast.

Apparatuur

Art. 15. Tijdens de eerste drie jaar na de toekenning van de eerste werkingstoelage stelt de Regering de inrichtende machten, voor de bevorderde informatiebureau's, een presentatie-apparatuur ter beschikking die het eigendom van de Duitstalige Gemeenschap blijft. De onderhouds-, verzekерings- en gebruikskosten vallen ten laste van de betrokken inrichtende macht. De Regering sluit een desbetreffende overeenkomst af met elke inrichtende macht.

HOOFDSTUK IV. — *Algemene, opheffings-, overgangs- en inwerkintredingsbepalingen*

Voorschotten

Art. 16. Op de in de artikelen 8, 12 en 13 vermelde toelagen worden voorschotten uitbetaald. Ligt het jaarlijks gecumuleerd bedrag per ontvanger hoger dan € 6.000, wordt 80 % van de verwachte toeelage in de vorm van twaalfden uitbetaald vóór de 22 van elke maand. Zo niet wordt een voorschot ten belope van 50 % van de verwachte toeelage uitbetaald binnen het eerste kwartaal van het lopende jaar.

Desgevallend wordt het resterende bedrag van de toeelage, na eindafrekening, in de loop van het daaropvolgend jaar uitbetaald.

Liggen de uitbetaalde voorschotten hoger dan de toelagen die na eindafrekening toekomen, dan kunnen de toelagen van het daaropvolgend jaar met deze bedragen verminderd worden. Is het niet mogelijk, dan worden de bedragen teruggevorderd.

Aanpassing van de bedragen

Art. 17. De toelagen- en spilbedragen bepaald in dit decreet kunnen door de Regering, om de vijf jaar, aan de ontwikkeling van de consumptieprijzen worden aangepast.

Opheffingsbepaling

Art. 18. Het reglementair besluit van 16 juni 1980 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder verenigingen voor vreemdelingenverkeer of voor toerisme van het Duitse taalgebied worden erkend en werkingstoelagen kunnen bekomen, wordt opgeheven.

Overgangsbepalingen

Art. 19. Voor een overgangstermijn van ten hoogste twee jaar te rekenen vanaf de inwerkintreding van voorliggend decreet kan de Regering informatiebureaus en informatiepunten die aan alle in dit decreet bepaalde voorwaarden nog niet voldoen, voorlopig subsidiëren.

De toelagen die krachtens voorliggend decreet moeten worden uitbetaald, vervangen alle prestaties waarop de ontvangers recht hadden krachtens vroeger geldende subsidiërsprocedures.

Inwerkintreding

Art. 20. Dit decreet heeft uitwerking op 1 januari 2003.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 17 februari 2003.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden